



Der Rote Hahn

Informationsblatt der Partei Die Linke Frankfurt (Oder)
Ausgabe zum Herbst | 3. Ausgabe 2026

Spende ab 1,00 €
2. Oktober 2026



Die Handschuhe sind groß

Das Frankfurter Rathaus ist weiterhin ordentlich in Fahrt. Das Personalkarussell dreht sich, Namen werden gehandelt, Gespräche geführt, Mehrheiten gesucht und Geschäftsbereiche neu sortiert. So weit nichts Ungewöhnliches. Spätestens aber, wenn unterschiedliche Fraktionen im höchsten politischen Plenum der Stadt öffentlich schildern, wie sprunghaft und unverbindlich manche Absprachen verlaufen, wird aus einem Personalthema eine grundsätzliche Frage:

Wie handlungsfähig ist unsere Stadtpolitik eigentlich noch ohne Dich?

Gerade Kommunalpolitik ist die unmittelbarste Form der Organisation des Gemeinwesens. Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen Verwaltung und Politik. Die Verwaltung setzt geltendes Recht und politische Beschlüsse um, organisiert Leistungen, bewirtschaftet den kommunalen Haushalt, unterhält Straßen und kommunale Infrastruktur und sorgt dafür, dass eine

Stadt auch am Freitagnachmittag noch funktioniert. Gewiss, dafür braucht es Fachlichkeit, Kontinuität und Verlässlichkeit.

Politik dagegen entscheidet darüber, nach welchen politischen Prioritäten unser Gemeinwesen handeln soll. Sie setzt Ziele, verteilt Mittel, formuliert Interessen und muss dafür Mehrheiten gewinnen.

Fortsetzung auf Seite 2

Widerstand tut not

von Elke Thiele

Seite 3

Wo ist das Geld hin?

von Tom Berthold

Seite 6

Aus dem kurzen Leben eines Frauenvereins

von Carmen Winter

Seite 9

Stadtumbau

von Axel Henschke

Seite 10

INHALTSÜBERSICHT

1-2: Leitartikel

Die Handschuhe sind groß

3: Die Linke in der Stadt

Widerstand tut not

4: Die Linke im Land

Schluss mit dem Verkehrschaos

5: Die Linke in der Stadt

Atemberaubender Sommer

6-7: Edition aus der

Stadtverordnetenversammlung

Wo ist das Geld hin?

Quo Vadis Bürgerbudget

8: Aus der Doppelstadt

Frieden erinnern, Frieden erstreiten

9: Aus der Kulturstadt

Aus dem kurzen Leben eines Frauenvereins

Buchtipps

10: Aus der Geschichte

Frankfurt – Unser Politik-

feld mit menschlichem Maß

11: Kunst, Satire und Polemik

Jede Menge Konjunktive

12: Plakatseite

Und was schwemmt uns nächstes Jahr, Oder?

IMPRESSUM

Der Rote Hahn

Informationsblatt der Partei Die Linke Frankfurt (Oder)

Herausgeber

Kreisvorstand der Partei Die Linke Frankfurt (Oder)

Berliner Straße 38

15230 Frankfurt (Oder)

☎ (0335) 4002047
 ✉ info@dielinke-ffo.de
 🌐 https://www.dielinke-ffo.de
 📘 https://facebook.com/dielinkeffo
 📷 https://instagram.com/dielinke.frankfurtoder

Mitwirkende

REDAKTION: Christoph Ewert, Carmen Winter,

Jan Augustyniak, Pascha Schumann,

Tom Berthold, Sonnhild Grünberg

LEKTORAT: Pascha Schumann,

Sonnhild Grünberg, Carmen Winter

ILLUSTRATIONEN: Pascha Schumann

FOTOS: Jan Augustyniak (S. 3), Tom Berthold (S. 4, 6),

Axel Henschke (S. 10)

LAYOUT UND SATZ: Tom Berthold

Spendenkonto:

KONTOINHABERIN: Die Linke Frankfurt (Oder)

IBAN: DE73 1705 5050 3200 6168 99

KENNWORT: Spende Der Rote Hahn

AUFLAGE: 6.000

Die nächste Ausgabe erscheint im 4. Quartal 2026.

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten

Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung.

Eine Quellenangabe ist obligatorisch.

Für das (Nicht-)Gendern in den einzelnen Texten sind die jeweiligen Autor:innen selbst verantwortlich. Die Redaktion macht sich die Meinungen der Autor:innen nicht immer zu eigen.

Das eine braucht das andere. Eine Verwaltung ohne politischen Auftrag wird zur unkontrollierten Selbstverwaltung und zur Herrschaft des Büros. Und Politik ohne eine funktionierende Verwaltung bleibt eine schöne Idee auf Papier.

Oberbürgermeister Dr. Strasser ist inzwischen seit fast einem Jahr Hauptverwaltungsbeamter. Die Stadtverordnetenversammlung allerdings lässt sich aus dem Rathaus nicht einfach dirigieren. Als Parteiloser verfügt er über keine eigene Fraktion und muss wechselnde Mehrheiten organisieren. Dabei treffen in der Stadtverordnetenversammlung unterschiedliche politische Interessen bis faschistische Ideologie aufeinander – insbesondere unter den drei größten Fraktionen von Linken, AfD und CDU bestehen Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Strasser muss diese Interessen zusammenbringen und aus unterschiedlichen politischen Vorstellungen tragfähige Entscheidungen machen. Das ist keine lästige Begleiterscheinung und auch kein bloßes politisches Handwerk neben dem eigentlichen Amt. Es ist ein wesentlicher Teil des Amtes. Und irgendwann sollten die Handschuhe eben auch passen.

Denn eine Stadtverwaltung kann noch so professionell arbeiten: Sie kann keine politischen Mehrheiten ersetzen. Eine Kämmerei kann einen Haushaltsentwurf aufstellen, aber nicht entscheiden, welche gesellschaftlichen Interessen darin Vorrang bekommen sollen. Eine Fachverwaltung kann berechnen, was eine neue Straße kostet. Sie kann aber nicht beantworten, ob dieselbe Summe vielleicht besser in Jugendhilfe, Volkshochschule oder soziale Infrastruktur investiert wäre.

Und genau daran scheint unser Oberbürgermeister gerade zu scheitern. Denn es ist ein Irrtum oder eine ganz eigene Ideologie zu glauben, man müsse die Politik nur möglichst weit aus der Politik heraushalten. Die Vorstellung, parteiunabhängige Fachleute könnten Entscheidungen einfach sachlich treffen, klingt zunächst verlockend. Sie verschleiern jedoch eben, dass auch hinter jeder scheinbar sachlichen Entscheidung politische bis parteiliche Wertungen stehen. Denn Zahlen können uns lediglich sagen, was etwas kostet. Sie können uns nicht sagen, was uns etwas wert ist.

Und hier kommen die vom Oberbürgermeister mitunter gescholtenen Parteien ins Spiel. Man kann Parteien für langsam, kompliziert, ideologisch oder manchmal ziemlich eigenbrötlerisch halten. Vieles davon mag sogar stimmen. Aber Parteien sind das Fundament des demokratischen Kreises. Sie bündeln Interessen, entwickeln Programme, bilden politisches Personal aus, organisieren Debatten und schaffen Verbindlichkeit über einzelne Perioden hinaus.

Denn Demokratie bedeutet nicht, dass ein Oberbürgermeister nach einer Wahl allein entscheidet. Sie bedeutet ebenso wenig, dass eine Verwaltung selbst bestimmt, welche politischen Ziele unsere Stadt verfolgen soll. Eine Verwaltung braucht Politik in einer Demokratie. Und der demokratische Auftrag braucht Mehrheiten. Es braucht öffentliche Auseinandersetzung, Kompromisse und Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Es braucht also Dich.

Denn es muss dafür keine jahrelange politische Erfahrung gemacht werden. Man muss den Haushalt nicht auswendig kennen, keine Verwaltungsausbildung besitzen und nicht einmal wissen, wie man eine Sitzung eröffnet – unser Oberbürgermeister wusste das alles vor einem Jahr schließlich auch noch nicht.

Wer aber möchte, dass soziale Infrastruktur, Kultur, Wohnen, Jugend oder öffentliche Daseinsvorsorge nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Haushaltsoptimierung und als Kostenfaktoren betrachtet werden, sollte sich von der Tribüne langsam in die Manege bewegen.

Das kann ganz unterschiedlich aussehen: Bei einer öffentlichen Fraktions- oder Kreisverbandssitzung vorbeischaun, mit einer Idee oder einem Ärgernis zu einem Gesprächsabend kommen, sich in einer AG einbringen oder selbst einmal einen Beitrag im Roten Hahn schreiben. Es muss ja nicht gleich das ganze Rampenlicht sein. Denn Politik beginnt dort, wo jemand einfach auftaucht, eine Frage stellt, Interessen artikuliert, ein Ärgernis berichtet, sich einmischt und mit dem Status Quo nicht zufrieden gibt.

von Christoph Ewert
 (Redaktion Der Rote Hahn)



Widerstand tut not!

Am 26. August riefen Akteure wie der Pflegedienst „Sonnenschein“ erneut zum Pflegeprotest auf. Mehr als 250 Menschen versammelten sich auf dem Rathausplatz: Beschäftigte aus Pflegediensten, Vertreterinnen und Vertreter der Pflegeverbände, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen, Rettungssanitäter, der DLRG und viele weitere Betroffene und Unterstützende. Gemeinsam machten sie deutlich: So darf Pflegepolitik nicht aussehen.

Zu ihnen sprachen Vertreter der Pflegedienstleistung der Wichern-Diakonie und auch Herr Heuse als Netzwerkkoordinator des Pflege- und Geriatrienetzwerkes Frankfurt (Oder). Sie betonten zu Beginn ihrer Reden, dass Reformen notwendig sind, der vorliegende Gesetzentwurf durchaus positive Ansätze enthalte. Gleichzeitig wurde aber deutlich, wohin die Reform in ihrer jetzigen Form führt: Ein erheblicher Teil der Kosten und Risiken wird auf Pflegebedürftige, Angehörige, Pflegeeinrichtungen und Kommunen abgewälzt.

Viele Ältere wollen in ihrer häuslichen Umgebung und dem gewohnten sozialen Umfeld alt werden. Mit Hilfe von Angehörigen, Freunden und / oder auch

Unterstützung von Pflegediensten kann das gelingen. Schließlich ist die häusliche Pflege der größte Pflegedienst Deutschlands. Mit Wegfall des Entlastungsbeitrags bei Pflegegrad 1, schwererem Zugang zu Pflegegraden, Veränderung in der Finanzierung von Verhinderungs- und Kurzzeitpflege wird das schwieriger. Manches muss aus eigener Tasche bezahlt werden, was oft nicht möglich ist.

Die pflegenden Angehörigen werden mit der Kürzung der Rentenanprüche „bestraft“, dass sie Familie und Beruf unter einen Hut bringen müssen und dabei persönlich auf Privatleben verzichten. Sieht so gesellschaftliche Anerkennung aus? Durch Kürzung finanzieller Mittel sind Arbeitsplätze in der ambulanten und teilstationären Versorgung bedroht. Die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter nimmt weiter zu. Wie soll der ländliche Raum versorgt werden? Durch die „Hilfe zur Pflege“ steigen die Sozialausgaben und damit die Belastung der kommunalen Haushalte. Es wäre übrigens gut gewesen, wenn der anwesende Vertreter der Stadtverwaltung auch ein paar Worte gesagt hätte. Das Statement des Oberbürgermeis-

tes einen Tag später in der Märkischen Oderzeitung macht es nicht besser.

Die gehaltenen Redebeiträge wurden lautstark von Trillerpfeifen und Klatschen untermauert. Anschließend wurde ein Protestmarsch durch die Innenstadt organisiert und das laute Hupen des Autokorsos war weithin zu vernehmen. Der Protest zeigt: Pflege ist keine private Angelegenheit und kein Kostenfaktor, den man beliebig nach unten durchreichen kann. Pflege ist öffentliche Daseinsvorsorge. Eine Gesellschaft wird auch daran gemessen, wie sie mit Menschen umgeht, die Unterstützung brauchen – mit Älteren, Menschen mit Beeinträchtigungen und Pflegebedürftigen. Pflegebedürftigkeit ist dabei keine Frage des Alters: Sie kann jeden Menschen jederzeit treffen.

Deshalb ist Widerstand notwendig. Zu hoffen bleibt, dass die Proteste in Frankfurt (Oder), Fürstenwalde und anderswo gehört werden und noch zu konkreten Verbesserungen am Gesetzentwurf führen, bevor dieser beschlossen wird.

*von Elke Thiele
(Kreisvorstand Die Linke)*



Zeit / Time	Zug / Train	Über / Via	Ziel / Destination	Gleis / Track
15:42	Abfahrt / Departure			
15:48	RE 1 / 33773	Fahrt fällt aus	Frankfurt (Oder)	-
15:56	RE 7 / 75823	Bln Ostkreuz – Königs Wusterh. – Halbe – Brand – Lübben	Senftenberg	2
16:11	RE 1 / 33733	Fahrt fällt aus	Frankfurt (Oder)	-
16:48	RE 1 / 33775	Fahrt fällt aus	Frankfurt (Oder)	-
16:56	RE 7 / 75825	Bln Ostkreuz – Königs Wusterh. – Halbe – Brand – Lübben	Senftenberg	2
17:11	RE 1 / 33735	Bln Ostkreuz – Erkner – Fangschleuse – Fürstenwalde	Frankfurt (Oder)	1
17:48	RE 1 / 33777	Bln Ostkreuz – Erkner – Fangschleuse – Fürstenwalde	Frankfurt (Oder)	7
17:56	RE 7 / 75827	Bln Ostkreuz – Königs Wusterh. – Halbe – Brand – Lübben	Senftenberg	2
18:11	RE 1 / 33737	Bln Ostkreuz – Erkner – Fangschleuse – Fürstenwalde	Frankfurt (Oder)	1
18:48	RE 1 / 33779	Bln Ostkreuz – Erkner – Fangschleuse – Fürstenwalde	Frankfurt (Oder)	7
18:56	RE 7 / 75829	Bln Ostkreuz – Königs Wusterh. – Halbe – Brand – Lübben	Senftenberg	2
19:11	RE 1 / 33739	Bln Ostkreuz – Erkner – Fangschleuse – Fürstenwalde	Frankfurt (Oder)	1

Montag – Sonntag
07:00 – 23:00

Schluss mit dem Verkehrschaos

Der tägliche Weg zur Arbeit in Ostbrandenburg ist für viele Menschen eine enorme Belastungsprobe. Der Regional-Express RE1 ist chronisch überlastet. Züge fallen spontan aus oder fahren mit zu wenigen Waggonen. Wer deshalb auf das eigene Auto ausweicht, landet direkt im nächsten Stau. Die Autobahn A12 ist zwischen Fürstenwalde und Briesen bis Ende 2028 eine Dauerbaustelle. Der schwere Lkw-Verkehr nach Polen drängt sich durch viel zu enge Fahrspuren. Schiene und Straße drohen in unserer Region gleichzeitig zu kollabieren.

Auf der Schiene bleibt die Lage extrem angespannt. Die Deutsche Bahn wollte den RE1 im Jahr 2029 sogar monatelang voll sperren. Dieser unverantwortliche Plan hätte Ostbrandenburg komplett von den wichtigsten Zentren abgeschnitten. Unser gemeinsamer Protest mit vielen Betroffenen hat zum Glück gewirkt. Die Bahn musste die Vollsperrung schließlich offiziell absagen. Dennoch sorgen

Baustellen in Köpenick und Fangschleuse weiter für Ausfälle. Der Schienenersatzverkehr stößt täglich an seine Belastungsgrenzen. Es fehlen schlichtweg Busse und das nötige Personal. Viele Pendler verlieren dadurch jeden Tag wertvolle Lebenszeit.

Gleichzeitig verweigert die Bundesregierung seit Jahren echte Alternativstrecken. Das zeigt sich besonders deutlich bei der Ostbahn RB26. Der zweigleisige Ausbau und die Elektrifizierung dieser wichtigen Achse werden stur blockiert. Die Bundesregierung behauptet auf meine Anfragen im Bundestag tatsächlich, es gebe keinen Engpass nach Frankfurt Oder. Das ist eine komplette Realitätsverweigerung gegenüber allen Pendlern. Auch wichtige Ausweichverbindungen wie die Seelower Kurve werden nicht gestärkt. Dabei könnte eine ertüchtigte Ostbahn den RE1 und die A12 sofort spürbar entlasten. Die wirtschaftliche Entwicklung unserer gesam-

ten Region hängt von funktionierenden Wegen ab.

Diese Ignoranz gegenüber unserer Region muss endlich ein Ende haben. Wir fordern deshalb ein abgestimmtes Gesamtkonzept für Schiene und Straße. Der Bund muss die Ostbahn umgehend ausbauen und vollständig finanzieren. Baustellen auf der Bahnstrecke und der Autobahn müssen strikt koordiniert werden. Züge dürfen nicht mehr kurzfristig gekürzt werden. Wer täglich unter Ausfällen leidet, muss unbürokratisch entschädigt werden. Eine moderne Mobilität ist Grundlage für Lebensqualität und Arbeitsplätze in unserer Heimat. Wir lassen keinesfalls nach und kämpfen im Bundestag sowie vor Ort für eine verlässliche Mobilität.

von Christian Görke
(Bundestagsabgeordneter Die Linke)
und Jan Augustyniak
(Stadtverordneter Die Linke)



Atemberaubener Sommer

4 0,5 Grad wurden in Frankfurt (Oder) in diesem Sommer gemessen. Im August sank der Pegel der Oder am Winterhafen auf 77 Zentimeter. Der Sommer 2026 hat damit deutlich gemacht: Extreme Hitze und Trockenheit sind auch in unserer Stadt keine abstrakten Zukunftsszenarien mehr.

Wer in einer aufgeheizten Wohnung lebt, körperlich arbeitet, gesundheitlich vorbelastet ist oder sich keine Klimaanlage leisten kann, ist stärker betroffen. Besonders gefährdet sind ältere und pflegebedürftige Menschen, Kinder, chronisch Kranke und Menschen ohne Wohnung. Deshalb ist Hitzeschutz auch eine soziale Frage. Er darf nicht davon abhängen, wie groß der eigene Geldbeutel ist oder ob die eigene Wohnung zufällig im Grünen liegt.

Die Stadt tut bereits einiges. Bäume werden mit verschiedenen Bewässerungssystemen versorgt, hitzeresistente Arten gepflanzt und Grünflächen als kühlere Rückzugsorte erhalten. An Schulen und Kitas wird bei Neubauten und größeren Sanierungen Sonnenschutz eingeplant. Für einige Schulen

stehen zudem Fördermittel zur Verfügung.

Doch die Antworten der Stadt auf zwei Anfragen unseres Stadtverordneten Jan Augustyniak zeigen auch, wo noch viel fehlt. Ein Konzept für zusätzliche Trinkbrunnen im Stadtgebiet gibt es bislang nicht. Je ein Trinkwasserspender ist am Sportplatz Beckmannstraße und im Umfeld der Hutten-Oberschule vorgesehen. Die Bauarbeiten sollen 2027 beginnen und erst Ende 2028 oder Anfang 2029 abgeschlossen sein. Für mobile Erfrischungsmöglichkeiten, wie es sie etwa in Słubice gibt, stehen nach Angaben der Stadt keine Mittel zur Verfügung.

Vor allem fehlt ein gemeinsamer Plan für den Hitzeschutz. Die Verwaltung hatte geprüft, bestehende Maßnahmen stärker zu bündeln und dafür eine ämterübergreifende Struktur zu schaffen. In ihrer Antwort vom September stellt sie jedoch klar: Ein Hitzeaktionsplan und eine entsprechende Arbeitsgruppe sind derzeit nicht vorgesehen. Als Gründe nennt sie insbesondere die schwierige Haushaltslage und den Umstand, dass

ein solcher Plan für die Kommune eine freiwillige Aufgabe wäre.

Eine finanziell angeschlagene Stadt wie Frankfurt kann die Klimaanpassung nicht aus eigener Kraft finanzieren. Bund und Land dürfen die Verantwortung für die Klimaanpassung deshalb nicht bei den Kommunen abladen. Statt immer neuer befristeter Förderprogramme brauchen Städte wie Frankfurt eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung. Denn ob eine Stadt ihre Einwohnerinnen und Einwohner vor Hitze schützen kann, darf weder von ihrer Haushaltslage noch von einem passenden Fördertopf abhängen.

Der Sommer 2026 sollte ein Warnsignal sein. Hitzeschutz gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Schatten, Trinkwasser und Schutz vor gesundheitlichen Folgen extremer Hitze dürfen keine Frage des Einkommens sein. Frankfurt braucht eine Strategie für kommende Hitzesommer – und eine Finanzierung, die es der Stadt ermöglicht, aus guten Einzelmaßnahmen verlässlichen Schutz für alle zu machen.

*von Margarita Kavali
(Kreisvorstand Die Linke)*



Wo ist das Geld hin?

Geld ist knapp in der Stadtkasse. Im Haushalt, dem Finanzplan unserer Stadt, wird dieses Jahr mit einem Verlust von ca. 8,5 Millionen Euro geplant. Durch den jahrzehntelang angehäuften Schuldenberg muss unsere Stadt ihren Haushalt vom Landesinnenministerium genehmigen lassen. Diese Genehmigung wurde versagt.

Das bedeutet: noch weniger Geld für alles wichtige der Stadt. Überall wird pauschal 20 % gekürzt, hauptsächlich werden bestehende Verträge bedient, es gibt einen Stopp für neue Ausgaben und der Kämmerer muss vieles extra genehmigen. Selbst das kann aber das grundsätzliche Problem nicht lösen.

Viele pflichtigen Aufgaben, die unsere Stadt im Auftrag des Landes umsetzt, sind unterfinanziert. Diese Aufgaben umfassen die Erfüllung vieler Gesetze, darunter die Sozialleistungen für viele Frankfurter:innen, aber auch Schulen, Bauplanung, Feuerwehr, Rettungsdienst, Energie- und Wasserversorgung. Freiwillige Aufgaben hingegen umfassen grob formuliert vieles, was nicht gesetz-

lich vorgeschrieben ist, aber das Leben in unserer Stadt erst richtig lebenswert macht: Kultur, Verkehr, Sport und außerschulische Bildung beispielsweise.

Im Restaurant ist klar: wer bestellt, bezahlt auch. Im deutschen Staatsaufbau nennt sich das Konnexitätsprinzip. Wenn Kommunen Staatsaufgaben der Bundesländer erledigen, meist im Bereich der pflichtigen Aufgaben, muss ein Kostenausgleich dafür erfolgen.

In der Praxis funktioniert dieser Kostenausgleich regelmäßig nicht. Selbst wenn Frankfurt unter dem Druck des Spardiktats des Innenministeriums alle freiwilligen Leistungen wie Kultur- und Sportförderung oder den ÖPNV komplett streichen würde, hätte die Stadt immernoch ein großes Minus im Haushalt zu stehen und würde jedes Jahr neue Schulden anhäufen.

Die im Sommer verkündete „historische Einigung“ zwischen Bund und Ländern, dass in Zukunft übertragende Aufgaben zu 85 % ausfinanziert werden, ist vor dem Kontext des Frankfurter Finanzpro-

blems existenzbedrohend. Bestehende Verluste werden nicht ausgeglichen und mit jeder neuen Aufgabe kommen 15 % Verlust hinzu.

Für eine neue Finanzhilfe vom Land ist das statistische Steueraufkommen pro Einwohner um wenige Euro zu hoch, sodass die Stadt leer ausgeht. Andere Finanzhilfen kann die Stadt bekommen, jedoch nur auf Basis von Projektanträgen, wo jedes Mal neu begründet werden muss und entschieden wird. Da immer mehr Kommunen in die Schuldenzone fallen, werden die Finanzhilfen umkämpfter.

Leider sitzt Frankfurt ganz unten in der finanziellen Nahrungskette des Staates und kann sich schlecht wehren. Eine Lösung kann nur auf Landes- und Bundesebene erfolgen. Dort kämpft Die Linke weiter für eine faire Ausfinanzierung der Kommunen.

*von Tom Berthold
(sachkundiger Einwohner Die Linke
im Ausschuss für Wirtschaft,
Arbeit und Finanzen)*



Quo vadis, Bürgerbudget?

Wenn am Sonntagmorgen die Nachwuchskicker des FC Union Frankfurt über den Rasen jagen, spürt man, wie viel Herzblut im Verein steckt. Doch ein verirrter Schuss reicht, und der Ball landet im Gebüsch. Eine neue Ballfanganlage sollte her für den Platz am Baumschulenweg. Finanzieren wollten die Unioner das Projekt auch über das Bürgerbudget. Die Stimmen waren gesammelt, der Jubel groß, die Zusage schien sicher. Ein echter Hoffnungsträger für die ehrenamtliche Jugendarbeit.

Doch wer im Rathaus nach dem Geld fragt, blickt in amtliche Ausflüchte. Kein Cent ist geflossen. Der städtische Haushalt verfehlte die Genehmigung aus Potsdam. Frankfurt verbleibt in der vorläufigen Haushaltsführung. Weil das Bürgerbudget juristisch als freiwillige Leistung gilt, fror die Verwaltung das Geld vorerst ein. Aus den Pappschecks der Preisverleihung vom November 2025 wurden im Amtsdeutsch nachträglich Urkunden unter Vorbehalt. Für die Ehrenamtlichen vor Ort ist das bitter.

Seit 2020 wird die Idee im Sommer aufgerufen, im Herbst stimmen die Frankfurter ab, und 40.000 Euro sollen im Folgejahr die Ideen des bürgerschaftlichen Engagements aufblühen lassen. Doch das System hat Risse bekommen. Längst geht es nicht mehr nur um das Geld, das nicht fließt, sondern um das Prinzip. Es gibt Kritik an einer schleichenden Schieflage: Während die gut vernetzten Ortsteile ihre Anhänger mühelos mobilisieren, zieht sich die Innenstadt immer weiter zurück.

Nun zieht die Stadtverordnetenversammlung die Notbremse. Ein Beschlussantrag nimmt die Verwaltung hart in die Pflicht: Sie soll sämtliche Ermessensspielräume ausschöpfen, um das Geld für 2026 doch noch zeitnah lockerzumachen. Den Projekten – vom FC Union bis zur Eventbühne in Booßen – soll eine Fristverlängerung bis Ende 2027 garantiert werden, ohne bürokratische Nachteile. Zugleich fordert der Antrag Ehrlichkeit: keine neuen Abstimmungen mehr, solange der Haushalt wackelt. Das

Bürgerbudget dürfe kein kommunales Überraschungsei werden, das am Ende enttäuscht.

Die Enttäuschung bei den Sportlern legt tiefere Wunden offen. Wenn in Hohenwalde die Friedhofshalle bröckelt und auf Platz fünf landet, wird eine Pflichtaufgabe der Kommune auf ein Bürgerprojekt abgewälzt.

Wo Pflicht zur Kür wird, bekommt Beteiligung einen faden Beigeschmack.

Am Ende geht es um mehr als Summen. Wenn das Bürgerbudget eine Zukunft haben soll, braucht es nicht nur Fotos mit Pappschecks symbolischen Projekturkunden, sondern den Mut der Stadtspitze, gegebene Versprechen einzulösen. Sonst bleibt am Ende nur ein enttäuschtes Achselzucken.

von Jan Augustyniak
(Stadtverordneter Die Linke)

Frieden erinnern, Frieden erstreiten

Der 1. September ist Weltfriedenstag, an jeden Tag, an dem 1939 mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg begann. So wurde dieses Jahr an der Friedensglocke erinnert, an die Katastrophe und die politische Forderung, Krieg nicht als Mittel der Politik zuzulassen. Die Schlussfolgerungen sind jedoch höchst verschieden, bis hin zur Zerstrittenheit.

Eine eindringliche und verbindende Stimme in dieser Debatte und in unserer Stadt ist dabei Gerhard Hoffmann. Sein Wirken und seine Rede z.B. zu den Ostermärschen sind nicht nur politische Stellungnahmen, sondern auch persönliche Zeugnisse. Hoffmann erinnert dieses Jahr an seinen Vater, der während des Nationalsozialismus wegen Vorbereitung zum Hochverrat inhaftiert und vom Dienst in der Wehrmacht ausgeschlossen war.

Im Januar 1945 schrieb dieser seinem Freund Fritz einen Feldpostbrief mit einem Wunsch zum Geburtstag: „Einen recht baldigen Frieden!“ Der Brief kam zurück. Fritz war gefallen. Seine Tochter sollte ihren Vater nie kennenlernen.

Gerhard Hoffmann trug diesen Brief mit sich, als er über Frieden sprach. Sein antifaschistisches Engagement und Einsatz eine Welt in Frieden rühren wohl auch aus solchen Erfahrungen.

Wenige Wochen später wurden Hoffmann und seine Mutter bei einem Bombenangriff 1945 auf Berlin unter den Trümmern ihres Hauses verschüttet. Wenn Hoffmann heute gegen eine neuerliche Militarisierung Stellung bezieht, spricht deshalb jemand, dessen Beziehung zum Krieg durch die eigene Familiengeschichte geprägt ist. Diese biografische Dimension verleiht seiner Rede eine Ernsthaftigkeit, die über politische Theoriedebatten hinausweist.

Hoffmann stellt seine Erinnerung neben Bertolt Brechts Rede von 1952 auf dem III. Schriftstellerkongress. Brecht forderte, „das tausendmal Gesagte immer wieder“ zu sagen, damit es „nicht einmal zu wenig gesagt wurde“ und der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen.

Hoffmann verbindet diese Warnung mit einer grundsätzlichen Kritik an der gegenwärtigen Aufrüstung. Er verweist auf steigende Rüstungsgewinne und stellt ihnen die Zahl der Toten und die Zerstörung des zivilen Lebens gegenüber. Mit Marx greift er dabei das berühmte Zitat über die Rücksichtslosigkeit des Kapitals auf: Bei entsprechen-

Ihre Stärke liegt in der beharrlichen Erinnerung daran, dass hinter jeder militärischen Abstraktion echte Menschenleben stehen und dass Aufrüstung keinen Frieden schafft sondern Krieg wahrscheinlicher werden lässt.

Zugleich finden sich in Teilen der Bewegung weitreichende politische Deutungen, die komplexe Konflikte auf die Verantwortung einzelner Akteure reduzieren und mitunter noch nicht in einer multipolaren Weltordnung angekommen zu sein scheinen – oder ganz wirt wie in anderen Städten mit Friedensaube und Reichskriegsflaggen zusammen demonstrieren. Das wäre auch das Gegenteil von Vernunft, gegen die Brecht aufgestanden wäre.

Eine ernsthafte Friedensbewegung müsste Raum für Selbstkritik und eben jene Widersprüche haben. Aber ebenso wenig sollte eine Kritik an solchen Analysen dazu führen, die Forderung nach Frieden als naiv abzutun. Sie sollte vielmehr als eine der ersten politischen Forderungen verstanden werden, die immer eingefordert werden muss.



dem Profit werde Kapital „kühn“; bei 300 Prozent Profit existiere „kein Verbrechen, das es nicht riskiert“.

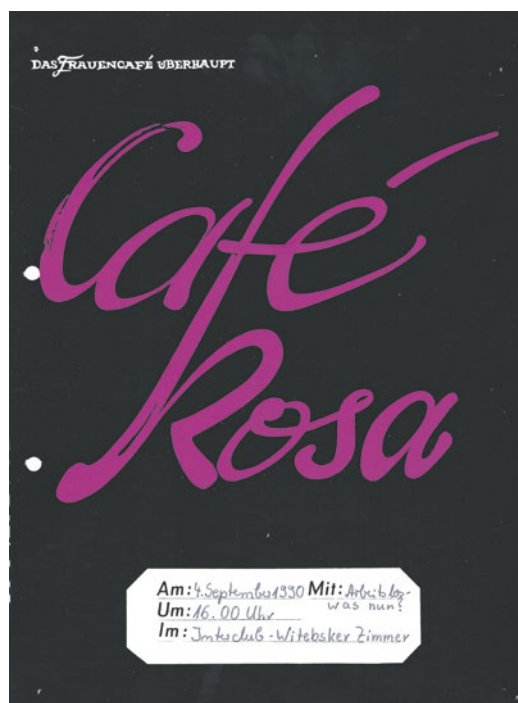
Ebenso zitiert er einen Beitrag aus der Zeitschrift Ossietzky, der die internationale Politik des sogenannten Westens, die Rolle der USA und Israels im Nahen Osten, die deutsche Unterstützung der US-Basis Ramstein und die zunehmende Militarisierung Deutschlands scharf kritisiert. Dazu dann noch Berichte zu Jemen, Sudan und Myanmar – und am Ende bleiben mehr Fragen als konkrete Antworten.

So zeigt sich die Ambivalenz bis Abstraktheit der Friedensbewegung.

Gerhard Hoffmann erinnert mit seinem persönlichen Einsatz daran, was auf dem Spiel steht. Seine politische Analyse muss man deshalb nicht in jedem Punkt teilen, um ihre Ernsthaftigkeit anzuerkennen und den Wunsch zu unterstützen: Denn Frieden zu wollen bedeutet, den Krieg zunächst abzulehnen. Einfach Nein sagen.

Frieden jedoch politisch zu erstreiten bedeutet darüber hinaus, die komplizierte Welt nicht einfacher zu machen als sie ist und sich in abstrakten, allgemeingültigen bis manichäischen Worten zu verlieren.

von Igor H. Berg



Aus dem kurzen Leben eines Frauenvereins

welchen Bedingungen die Wiedervereinigung kommen würde, so war doch klar, dass wir Frauen mehr denn je ein solidarisches Miteinander brauchen würden.

Mit Plakaten im A4-Format wurde zu den Veranstaltungen eingeladen. Pink auf schwarzem Grund stand da der Schriftzug Café Rosa und in der oberen linken Ecke, kleiner, in weiß, ganz selbstbewusst: „Das Frauencafé überhaupt“. Die Einträge zu den Veranstaltungen sind handschriftlich verfasst oder mit der Schreibmaschine getippt und eingeklebt.

Am 17. April 1990 wurde von 15:00 bis 20:00 Uhr in die Clubgaststätte des Hotels in der Wilhelm-Pieck-Straße (heute Hotel Altberesinchen) eingeladen. Thema: „Wirtschaftliche und rechtliche Konsequenzen einer schnellen Vereinigung beider deutscher Staaten.“ Leider ist die Referentin oder der Referent nicht vermerkt. Gegen 17:00 Uhr war an diesem Nachmittag noch eine Frühjahrsmodenschau geplant. Am 1. Mai 1990 wurde zum Gesang in den Mai eingeladen und am 8. Mai zu einem Treffen mit linken Christinnen. Am 4. September hieß das Thema dann: „Arbeitslos – was

nun?“ und der Veranstaltungsort war das Witebsker Zimmer im Interclub, der sich in der Halben Stadt befand.

Am 12. Dezember 1990 luden die Vereinsaktiven zur Weihnachtsfeier in den Interclub ein. „Alle Muttis können ihre Kinder und Nachbarskinder mitbringen!“ ist auf der Einladung vermerkt.

Parallel zu den Veranstaltungen wurde eine kostenlose Rechtsberatung durch den Rechtsanwalt Klaus Klasen angeboten. Sehr bald blieben die Stühle bei den Vorträgen und Kulturveranstaltungen leer. Dafür bildeten sich lange Schlangen vor der Rechtsberatung.

Damit wurden die Ziele des Vereins nicht mehr erreicht. Außerdem wurde es immer schwieriger, genügend Aktive zu finden. Die Frauen standen unter dem Druck, eine Erwerbsarbeit zu finden. Hinzu kam der Wegzug vieler Menschen sowie der Rückgang der Mitgliedschaft in der Partei, die damals noch PDS hieß.

von Carmen Winter
(Schriftstellerin)

Der Eintrag ins Vereinsregister trug die Nummer 19 FF. „Der Verein wurde am 26.06.1990 gemäß dem Vereinigungsgesetz der DDR in das Vereinigungsregister eingetragen“, lautet ein Satz in einer Registereintragung. Aber schon am 10. November 1992 beschloss die Mitgliederversammlung seine Auflösung.

In der kurzen Zeit von 1990 bis 1992 war Café Rosa e.V. ein wichtiger Treffpunkt für linke Frauen in Frankfurt (Oder). Den Gründerinnen war bewusst, dass die Erwerbsbiografien von Frauen in Ost- und Westdeutschland sehr verschieden waren. Und wenn auch im Frühjahr 1990 noch nicht klar war, wann und unter

Kohlhaas zum Kaffee

Heike Geißler hat zum kleistschen Michael Kohlhaas, einem „der rechtschaffensten zugleich und entsetzlichsten Menschen seiner Zeit“, wie es bei Kleist heißt, eine weibliche Gegenfigur entworfen. Ihre Michaela lebt heute in Gegend von Leipzig und ist nicht weniger radikal als ihr Vorgänger. Die kinderlose Friedhofsangestellte könnte so unauffällig weiterleben wie bisher.

Aber eines Tages schließt sie ihre Wohnungstür für immer hinter sich und geht auf die Straße. Nicht zu einer Demonstration, aber doch, um zu demonstrieren: Wie lebt es sich als eine, die von der Gesellschaft ausgeschlossen ist? Und um die Frage zu stellen:

Welche Möglichkeiten haben wir, unsere Gegenwärtige Gesellschaft gerechter zu machen? Sie hat etwas zu sagen. Sie ruft den Frieden aus und sie konfrontiert einen Immobilienbesitzer handgreiflich mit seiner Gier. Sie kämpft sich unter dem Satz: „Ach, das bringt doch alles nichts“, hervor. „... die künftig große Frau des Jahrhunderts kam gegen den Satz an, der es an Größe mit ihr aufnehmen konnte.“, schreibt Heike Geißler. Aber wird sie gehört als eine, die am Rand der Gesellschaft steht? Sie wird als „städtisches Krebsgeschwür betrachtet und beschimpft“. Erst, als Michaela Kohlhaas sich als Bärin verkleidet, nimmt die Gesellschaft sie wieder wahr. Doch auch das Experiment endet desaströs.

Ein Jahr lang begleiten die Autorin und eine Ich-Erzählerin die große Frau.

Ein Jahr lang ist man auch als LeserIn dabei. Erlebt mit, wie die Heldin scheitert. Zurück bleiben viele Fragen. Unter anderem die, wie radikal jemand sein muss, der an den Grundfesten unserer Gesellschaft rütteln will.

Heike Geißler: Michaela Kohlhaas, Berlin 2026, 253 Seiten, 24,00 Euro ISBN: 978-3-518-43280-8

von Carmen Winter
(Schriftstellerin)





Frankfurt – Unser Politikfeld mit menschlichem Maß

Was mit „Perestroika“ begann, ist mit dem „Stadtumbau“ längst nicht zu Ende. 36 Jahre Roter Hahn sind Anlass, auf 36 Jahre Engagement zurückzublicken. Wir wollen hier Beispiele liefern als Anregung für eigene Recherche und eigenes Denken.

Als die Mitglieder der PDS sich 1990 in einem riesigen Prozess von organisatorischem Ab- und Neuaufbau sowie harter Auseinandersetzung und zum Teil quälend emotionaler wie sachlicher Aufarbeitung befanden, begannen sie sich zugleich von ihrem Verhalten in der SED zu emanzipieren.

Damals waren drei Begriffe entscheidend: Neues Denken, Glasnost und Perestroika. Diese, von Gorbatschow, dem damaligen Generalsekretär des ZK der KPdSU schon Mitte der achtziger Jahre geprägten Begriffe, waren noch wenige Wochen zuvor von der offiziellen SED-Parteilinie verteufelt gewesen. Nun standen sie konkret auf der Tagesordnung, waren Maßstab, aber auch für manches Mitglied Prüfstein für die eigene weitere Mitgliedschaft in der PDS.

Nie ging es bis dato so ums Ganze, wie damals. Die Welt geriet aus den Fugen und die Veränderungen schlugen bis ins persönliche Leben und Erleben durch. Zudem half die neue territoriale Organisation, den Blick deutlicher für das Alltagsleben zu öffnen und mit der

Struktur des Kreisverbandes wurde die Gesamtstadt zum Bezugspunkt.

Neues Denken bekam bereits mit dem Wahlkampf zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 aber spätestens nach der Kommunalwahl am 6. Mai für die neugewählte PDS-Fraktion konkreten stadtgestalterischen Gehalt. Transparenz (Glasnost) wurde ihr wichtiges Arbeitsprinzip, wie es auch die neu organisierten Mitglieder von ihrem Vorstand verlangten, weswegen der Rote Hahn aus der Taufe gehoben wurde. Umbau (Perestroika) war schon seit einiger Zeit tägliches Erlebnis, also aktueller Gestaltungsanspruch.

Frankfurts erster PDS-Kreisvorsitzender Frank Hammer entwickelte schon damals die Vision „Frankfurt 2000“ und brachte sie in die Partei und die Öffentlichkeit ein. Dieser konstruktive Diskussionspfad öffnete für die gesellschaftliche Debatte, verhalf den Handelnden der PDS wieder zu mehr Akzeptanz und Kompetenz.

In diesem Sinne war seit 1990 Umbau immer auch als Stadtumbau zu verstehen und bleibt ein permanenter Prozess, sicher mit Einschnitten, Brüchen und Fehlentwicklungen, wie wir sie auch in den letzten 35 Jahren durchleben mussten, wie aber auch in 738 Jahren Stadtgeschichte zuvor. Vor allem vier Zäsuren waren für PDS und Linke permanent Schwerpunkte ihres Engagements:

1. Die Folgen der Deindustrialisierung und des damit verbundenen massenhaften Verlusts von Arbeitsplätzen, existenzsichernder Beschäftigung, hier in Frankfurt vornehmlich des Halbleiterwerks.
2. Der rasante Um- und Abbau des Sozialstaats, verbunden mit den Massenprotesten gegen die Schrödersche „Agenda 2010“ mit Hartz IV.
3. Der dem Bevölkerungsrückgang folgende, ihn leider auch in Teilen provozierende, massenhafte Rückbau von vornehmlich Wohnungsbeständen des industriellen Geschosswohnungsbaus, (Abriss der gezielt öffentlich diskreditierten „Platte“) mit den Folgen für tausende Menschen, aber auch für Kapazitäten und Kosten der technischen Infrastruktur.
4. Schließlich die Folgen für Bildung und Kultur, die demografische Entwicklung, die soziale Mischung und die Rolle der Stadt im Raum, in der Region.

Geradezu befreiend war es für uns, den Blick weiten zu können, ohne ihn vor Ort zu verlieren. Wir werden hier aus der Vergangenheit berichten, wünschen uns aber vor allem gemeinsames Erinnern mit dem Blick nach vorn sowie dem einen oder anderen Vorschlag für die Lösung der Probleme heute.

von Axel Henschke
(AG Geschichte)



Jede Menge Konjunktive

Nach Tesla könnte der sogenannte Fortschritt also weiter in Brandenburg Einzug halten. Frankfurt (Oder) soll zum Standort für so große Sprachmodelle werden, mit solchen gewaltigen Investitionssummen, dass der so verwirrte Mensch sodann Wahrscheinlichkeiten mit Intelligenz verwechselt.

Gleich zwei Unternehmen wollen dafür je ein Rechenzentrum bauen und bewerben ihre Version einer Zukunft. Sie könnten Arbeitsplätze bringen, Gewerbesteuer und Abwärmenutzung. Sie könnten aber vor allem eines brauchen: Wasser, Strom und deutlich weniger Arbeiter:innen in der Wertschöpfung.

Ein Vorhaben kommt von DELPHION. Zusammen mit dem Eigentümer soll die ehemalige Conergy-Halle zu einem großen KI-Rechenzentrum und Technologiecampus werden. Anders als bei einer kompletten Neuentwicklung steht hier also immerhin schon ein Gebäude auf einer Wiese anderer gescheiterter Zukunftsvisionen. Dieses Projekt könnte erst Realität werden, wenn Baurecht, Finanzierung und vor allem der Netzanschluss geklärt wären. Vorgesehen wären bis zu 300 Megawatt Anschlussleistung, ausgebaut in mehreren Phasen.

Beim FFO AI Campus der Frankfurt DATA FFO AI GmbH ist der Weg durch die kommunale Bürokratie bereits weiter und Presseanfragen laufen bereits über die Stadtverwaltung. Früher noch ein Düngemittelunternehmen, hat die Stadt im Juni 2026 die Planreife für den Bebauungsplan festgestellt. Auf rund 37 Hektar ehemaliger Flächen der Markendorfer Obstgenossenschaft könnte ebenso ein Rechenzentrum mit langfristig bis zu 350 Megawatt Anschlussleistung entstehen. Nachdem ein Brandbrief der heimischen Obstproduktion dieses Jahr um die Zukunft der gesamten Landwirtschaft bangt, wäre dies doch eine folgerichtige und progressive Nutzung dieser Flächen.

Der Netzbedarf stellt dabei eine erhebliche Größenordnung dar – bereits 1 Rechenzentrum hätte bei Halblast mehr als den fünffachen Stromverbrauch von Frankfurt (Oder). Und auf konkrete Nachfragen zum Wasserverbrauch gab es keine konkreten Zahlen, sondern höchstens Erklärungen zu technischen Verfahren. Dabei ist völlig unklar, ob die Stadt überhaupt für die Startphase von zwei Rechenzentren ausreichend Netzleistung hätte.

Aber der Fortschritt kommt, die Industrialisierung ist nicht aufzuhalten. Wäre es nicht besser, diesen hier in der Stadt zu gestalten, statt auf Rechenzentren in den USA oder China zurückzugreifen? Wäre es nicht auch besser, die Konkurrenz statt zwischen zwei Rechenzentren auch auf internationaler Ebene weiter zuzuspitzen?

Was wäre, wenn zum Beispiel Elon Musk, Dieter Schwarz, René Benko oder sonstige Charaktermasken der Gegenwart die Projekte verwirklichen und betreiben würden? Es könnten etwa über 5.000 Arbeitsplätze in unserer Stadt durch künstliche Intelligenz ersetzt werden, bevor ein zweites Rechenzentrum überhaupt gebaut wäre: So die Prognose mehrerer Sprachmodelle.

Die Wertschöpfung würde dann womöglich nicht als Lohn in Frankfurt rotieren, sondern als Rendite irgendwo anders. Aber eben drum sind die 200 Arbeitsplätze und Gewerbesteuereinnahmen durch mindestens einem Rechenzentrum so wichtig. Die Stadt würde Fläche, Strom und Infrastruktur bereitstellen, während die Gewinne den Weg in die Cloud nehmen könnten – aber ein paar Tropfen des bekannten Lebenselixiers >Geld< eben hier verbleiben.

Und beide Projektgesellschaften haben nach Kenntnis unserer Anfragen auch weitere Nutzungen nicht ausgeschlossen. Wenn dann noch Palantir und militärische Drohnen in Frankfurt (Oder) gesteuert werden würden, wäre der Fortschritt auch mit Protesten nicht aufzuhalten. Die befürchteten Weber- und Hungeraufstände wären bereits mit dem Jobcenter und TikTok ausreichend abgestumpft; und bei solchen Entwicklungen geht es wohl eher um eine intergalaktische Konkurrenz.

Und wenn dann die Oder in dritten Jahr im Folge einen Niedrigwasser-Rekord vermeldet, könnten wir alle Fische der Oder in dem einen und alle Pflanzen Brandenburgs einfach in dem anderen Rechenzentren simulieren – die Zukunft wird kommen, wir müssen nur noch einen Platz finden.

von Igor H. Berg

**Und was schwemmt uns
nächstes Jahr, Oder?**

